

"EG-Vertrag mit 46 Entwicklungsländern" in Luxemburger Wort (1. April 1976)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 01.04.1976, n° 77; 129e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "EG-Vertrag mit 46 Entwicklungsländern", auteur:Hermann Bohle , p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/eg_vertrag_mit_46_entwicklungslandern_in_luxemburger_wort_1_april_1976-de-053679bc-7f48-4864-a9d5-5961a794e2d3.html



Publication date: 01/03/2017

Wirtschaftliche Sicherheitspolitik

EG-Vertrag mit 46 Entwicklungsländern

von Hermann Bohle (Brüssel)

Mit 46 Entwicklungsländern in Afrika, Karibien und im Pazifik (AKP-Staaten) tritt am 1. April ein EG-Vertrag über besondere wirtschaftliche wie finanzielle Zusammenarbeit in Kraft. Die 253 Mio. EG-Europäer sichern die Öffnung der Grenzen des Gemeinsamen Marktes den 270 Mio. Bewohnern dieser Länder für deren Exporte zu. Eine Finanzhilfe von über 150 Mio. lux. Fr. wird binnen fünf Jahren gezahlt, 60 Prozent davon in Geschenkform. Zu den AKP-Staaten gehören Westeuropas zwei wichtigste Kupferlieferanten. Wesentliche Teile der EG-Rohstoffzufuhren im industriellen wie Nahrungsbereich werden durch das Abkommen sicherer. Die USA nahmen den EG-Vertrag im Herbst 1975 in den UN zum Anlaß, ihre Entwicklungspolitik zu reformieren. Die chinesische Volksrepublik spricht von einem „Modell-Abkommen für künftige Beziehungen zwischen industrialisierter und Dritter Welt“. Die 18 ärmsten Völker der Erde zählen zu den AKP-Vertragspartnern.

Kernstück des AKP-Vertrags ist der Schutz der Exporterlöse von 24 der beteiligten Übersee-Staaten. Sie hängen jeweils zu mindestens 7,5 Prozent ihrer Ausfuhren vom Verkauf eines einzigen Rohstoffs ab – bei Schwankungen der Weltmarktpreise oder klimatisch bedingten Produktionsausfällen können solch lebenswichtige Haupteinnahmen plötzlich fallen. Für die ärmsten unter den 24 AKP-Rohstoff-Exporteuren reicht dann schon die Abhängigkeit mit 2,5 Prozent aller Ausfuhr-Erlöse von einem Rohstoff, um einen EG-Mechanismus zur Kompensation solcher Umsatz-Einbußen auszulösen: für dieses „Stabex“-System stehen pro Jahr rund 4 Mio. lux. Fr. aus dem EG-Entwicklungsfonds zur Verfügung.

Hier ziehen sich dunkle Wolken zusammen – ausgerechnet zu Beginn der AKP-Aktion: das ruckartige Sinken von Welt-Rohstoffpreisen, namentlich für Holz. „Stabex“ stützt die Einnahmen aller Kassen bereits zu sprengen. EG-Kreise weisen diese Sorge zwar zurück, doch bestätigen Fachleute, daß der EG-Ministerrat unter Umständen ersucht werden muß, vorzeitig Gelder aus dem Fonds des nächsten Jahres schon bereitzustellen.

Insgesamt lieferten die AKP-Staaten 1974 für rund 75 Milliarden lux. Fr. Rohstoffe in die EG, davon allein für 19 Mia. Holz. „Stabex“ stützt die Einnahmen aller beteiligten Staaten aus der Ausfuhr von 12 Rohstoffen, darunter so konsum-interessanten wie Baumwolle, Erdnüsse, Kakao, Kaffee, Bananen, aber auch Eisenerz, Leder, Häute, Sisal.

Die EG-Rohstoffpolitik bis hin zur Entwicklungs-Finanzierung und zur Gewährung von Stipendien wird im Brüsseler NATO-Hauptquartier bereits anerkennend als ein lebenswichtiges Stück „wirtschaftlicher Sicherheitspolitik für Westeuropa“ bezeichnet. Im AKP-Vertrag ist die fast totale Zollfreiheit für alle Waren aus den 46 Staaten festgelegt: die EG praktiziert sie seit dem 1. Juli 1975 im Vorgriff auf das Wirksamwerden des Abkommens. Die EG-Finanzhilfe orientiert sich nach den Entwicklungsprogrammen der „46“ – seit Unterzeichnung studierten EG-Delegationen in 35 der AKP-Partnerländer deren wirtschaftliche Aufbaupläne, um die Beteiligung des EG-Fonds vorzubereiten.

Prestige-Projekte wie Luftfahrtlinien oder die Anschaffung von Prachtautos wurden weder vorgefunden, noch würde die EG sie bezahlen. Dafür wollen die AKP-Regierungen 40 Prozent der EG-Hilfe für die ländliche Entwicklung, 27 Prozent für den Fernmeldesektor, 20 Prozent für Wirtschafts- und Sozialentwicklung (Verkehrswesen, Krankenhäuser etc.) und 10 Prozent für die Bildung (Stipendien, Schulbauten usw.) verwenden.

Zur Gruppe der „46“ wollen die ehemals portugiesischen Kolonien Angola, Mozambique, die kapverdischen Inseln und Sao Tome hinzustoßen. Die AKP-Partner stellen dann fast die Hälfte der 105 Länder zählenden Mehrheit der Dritten Welt in den UN. Die EG bereitet momentan Vorschläge vor, um im Süden Afrikas den Transport der für Europa bestimmten Rohstoffe aus dem Landesinneren zu den – durch Angola-Krieg und Rhodesien-Krise unzugänglichen – Verladehäfen wieder zu ermöglichen. Hier geht es um ein volles Drittel

der – z. B. für Westeuropas Elektro-Industrien unentbehrlichen – Kupferlieferungen (aus Zaire und Sambia).